

Wichtiges Dokument!
Gehört mit der Bestätigung auf
die Reise.



Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Ihr Versicherungsausweis

Wichtige Informationen

Versicherer: Versicherer der Reiseversicherungen (VB-ERV/TUI Sport 2009) ist die **Europäische Reiseversicherung AG**; Sitz der Gesellschaft: München (HRB 42000). Vorsitzender des Aufsichtsrates: Günter Dibern; Vorstand: Richard Bader (Vorsitzender), Torsten Haase, Dr. Johann-Dietrich von Hülsen. Ust-IdNr. DE 129274536.

Versicherer der Reiserechtsschutz-Versicherung (VB-DAS/TUI Sport 2009) ist die **D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG**; Sitz der Gesellschaft: München (HRB 41053). Vorsitzender des Aufsichtsrates: Christian Diedrich; Vorstand: Rainer Tögel (Sprecher), Udo Hau, Rainer Huber. Ust-IdNr. DE 813475954.

Ladungsfähige Anschrift für die Reiseversicherung: Europäische Reiseversicherung AG, Vogelweidestraße 5, 81677 München

Ladungsfähige Anschrift für die Reiserechtsschutz-Versicherung: D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Thomas-Dehler-Straße 2, 81728 München

Aufsichtsbehörde: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn

Versicherungsschutz: Auf der Grundlage eines mit der TUI Deutschland GmbH (Versicherungsnehmer) abgeschlossenen Versicherungsvertrages gewähren die Versicherer Europäische Reiseversicherung AG und D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG den Reiseteilnehmern Versicherungsschutz.

Versicherungsschutz besteht für die jeweils versicherte Reise der in der Bestätigung/Rechnung namentlich genannten Personen. Den versicherten Personen steht im Leistungsfall die Ausübung der von dem Versicherungsschutz umfassten Rechte gegenüber den Versicherern direkt zu.

Versicherungsbedingungen: Für alle Reiseversicherungen gelten die VB-ERV/TUI Sport 2009 bzw. die VB-DAS/TUI Sport 2009, auf die jeweils in der Bestätigung/Rechnung verwiesen wird. Auf diese ist, soweit zulässig, deutsches Recht anwendbar.

Höhe und Fälligkeit der Versicherungsleistung: Der Umfang der Versicherungsleistung richtet sich nach der vereinbarten Versicherungssumme und dem jeweiligen Schaden sowie, soweit vereinbart, der Selbstbeteiligung und ggf. bestehender Unterversicherung. Ist die Leistungspflicht dem Grunde und der Höhe nach festgestellt, erfolgt die Auszahlung der Entschädigung binnen zwei Wochen.

Beginn des Versicherungsschutzes: Der Versicherungsschutz beginnt mit Antritt der Reise.

Ende des Versicherungsschutzes: Der Versicherungsschutz endet automatisch mit Ablauf des versicherten Zeitraums, spätestens mit Beendigung der versicherten Reise.

Inländischer Gerichtsstand: Gerichtsstand für Klagen gegen den Versicherer ist München.

Sprache / Willenserklärungen: Die Vertragsbestimmungen und weitere Informationen werden in deutscher Sprache mitgeteilt; die Kommunikation mit der versicherten Person erfolgt ebenfalls in Deutsch. Willenserklärungen bedürfen der Textform (z.B. Brief, Fax, E-Mail). Mündliche Vereinbarungen sind unwirksam.

Bundesdatenschutzgesetz (BDSG): Wir informieren Sie hiermit, dass im Schadensfall Daten gespeichert und ggf. an die in Frage kommenden Verbände der Versicherungswirtschaft und die betreffenden (Rück-) Versicherer sowie an Ärzte und Hilfsorganisationen zur Durchführung von Hilfeleistungen übermittelt werden, soweit dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der vertraglichen Beziehungen erforderlich ist. Die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes zur Datenübermittlung bleiben unberührt. Die Anschrift der jeweiligen Datenempfänger wird auf Wunsch mitgeteilt.

Europäische Reiseversicherung AG
D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

Bader Haase Vetter Tögel

Kontakt

Wenn Sie Fragen zu Versicherungsleistungen haben, rufen Sie an, faxen oder mailen Sie uns!

Info-Nummer:

Tel. +49 (0) 89 4166-1840

(Mo. - Fr. von 8 bis 20 Uhr und Sa. von 9 bis 16 Uhr)

Fax +49 (0) 89 4166-2717

E-Mail: contact@reiseversicherung.de

Internet: www.reiseversicherung.de

Anschrift: Europäische Reiseversicherung AG
Vogelweidestraße 5, 81677 München

Vielen Dank für Ihre Buchung!
Wir wünschen Ihnen einen sorglosen Urlaub!

Die ERV - Deutschlands führender Reiseversicherer

Kompetente Hilfe bei Krankheit, Unfall oder anderen Notfällen!

Was müssen wir wissen?

- **Wer ruft an?** (Name, Standort, Telefon)
- **Wer ist betroffen?** (Name, Alter, Heimatanschrift)
- **Was ist passiert?**
- **Wo hält sich die betroffene Person auf?** (z. B. Hotel, Klinik)
- **Wer ist Ansprechpartner vor Ort?** (z. B. Adresse mit Tel. und Fax von Arzt und Polizei)
- **Welcher Versicherungsschutz besteht?** (siehe unten stehendes Kästchen)

Bitte **vor der Reise ausfüllen**, spart im Notfall kostbare Zeit!

Tarif
Tarif

Bitte die gebuchten Tarife von der Bestätigung/Rechnung übertragen.

Ein Notfall kennt keinen Feierabend!

Unsere Notrufzentrale steht Ihnen 24 Stunden täglich an 365 Tagen im Jahr zur Verfügung.

Notruf-Nummer

Nur für Notfälle!

+49 (0) 89 4166 1020

Allgemeine Fragen können unter dieser Nummer leider nicht beantwortet werden!

Die Leistungen

Allround-Sportpaket mit bzw. ohne Selbstbeteiligung

Europa bzw. Welt

- 1 Reisekranken-Versicherung (Teil C)**
Versicherungssumme: unbegrenzt
sofern vereinbart: Selbstbeteiligung gem. § 8
- 2 Medizinische Notfall-Hilfe (Teil D)**
- 3 Reisegepäck-Versicherung (Teil F)**
Versicherungssummen:
pro Einzelperson: € 2.000,-
pro Familie: € 4.000,-
sofern vereinbart: Selbstbeteiligung gem. § 7
- 4 Reiseunfall-Versicherung (Teil G)**
Versicherungssummen pro Person:
Tod € 15.000,-
Invalidität € 30.000,-
- 5 Reisehaftpflicht-Versicherung (Teil H)**
Deckungssumme für Personen- und Sachschäden
pauschal: € 500.000,-
sofern vereinbart: Selbstbeteiligung gem. § 6
- 6 Sportgeräte-Versicherung (Teil K)**
Versicherungssummen:
pro Einzelperson: € 2.000,-
pro Familie: € 4.000,-
sofern vereinbart: Selbstbeteiligung gem. § 8
- 7 Reiserechtsschutz-Versicherung**
Versicherungssumme: € 50.000,-
je Versicherungsfall
sofern vereinbart: Selbstbeteiligung gem. § 7

TUI Wintersportschutz-Plus ohne Selbstbeteiligung

Europa

- 1 Reisekranken-Versicherung (Teil C)**
Versicherungssumme: unbegrenzt
- 2 Medizinische Notfall-Hilfe (Teil D)**
- 3 Reisegepäck-Versicherung (Teil F)**
Versicherungssummen:
pro Einzelperson: € 2.000,-
pro Familie: € 4.000,-
- 4 Reiseunfall-Versicherung (Teil G)**
Versicherungssummen pro Person:
Tod € 15.000,-
Invalidität € 30.000,-
- 5 Sport-Reisehaftpflicht-Versicherung (Teil H)**
Deckungssumme für Personen- und Sachschäden
pauschal: € 500.000,-
- 6 Sport-Reiserechtsschutz-Versicherung (ab Seite 7)**
Versicherungssumme: € 50.000,-
je Versicherungsfall

Ski- und Snowboard-Versicherung ohne Selbstbeteiligung

Europa

Sportgeräte-Versicherung (Teil K)

Versicherungssummen:
pro Einzelperson € 750,-
pro Familie: € 2.000,-
Abweichend vom Glossar gelten als Sportgeräte nur
die Ski- und Snowboard-Ausrüstung inkl. Zubehör.

Definitionen / Hinweise

Familie: Maximal zwei Erwachsene und mindestens ein mitreisendes Kind bis einschließlich 25 Jahre, unabhängig vom Verwandtschaftsverhältnis. Reisepreis ist der Gesamtpreis der Familie/Reiseteilnehmer.

Europa: Europa, Mittelmeer-Anliegerstaaten, Kanarische Inseln, Azoren, Madeira, Spitzbergen

Wichtige Hinweise für den Schadensfall

Was ist bei jedem Schadensfall zu tun?

Schaden möglichst gering halten, unverzüglich anzeigen und geeignete Nachweise im **Original** vorlegen. Falls Sie noch eine andere Versicherung in Anspruch nehmen (z. B. bei Krankheit im Ausland), Rechnungskopien mit Originalerstattungsstempel vorlegen.

Grundsätzlich einzureichen sind:

- Reisebestätigung des Veranstalters
- Versicherungsnachweis

(Sofern die Notrufzentrale nicht eingeschaltet wurde)
Schadensmeldungen richten Sie bitte unverzüglich an:
Europäische Reiseversicherung AG, Leistungs-
abteilung, Postfach 800545, 81605 München,
Tel. +49 (0) 89 4166-1799

Sie können Schadensmeldungen auch via Internet unter
www.reiseversicherung.de/schadensmeldung
vornehmen.

Reiserechtsschutz-Versicherung: Schadensmeldungen zur Reiserechtsschutz-Versicherung richten Sie bitte unverzüglich an:

D.A.S. Deutscher Automobil-Schutz Allgemeine
Rechtsschutz-Versicherung AG, Thomas-Dehler-
Straße 2, 81728 München.

Wenden Sie sich im Schadensfall oder wenn Sie
Fragen haben an unsere Notrufzentrale mit 24h
Anwaltsservice: +49 (0) 89 4166-1799

Bei Tarifen mit Selbstbeteiligung: Bitte beachten Sie,
dass die Selbstbeteiligung entfällt, wenn sich der
Reiserechtsschutzfall mit einer Erstberatung erledigt.

Versicherungsbedingungen für Reiseversicherungen der Europäische Reiseversicherung AG (VB-ERV / TUI Sport 2009)

Die nachstehenden Regelungen unter Artikel 1–11 und das →Glossar gelten für die Ski- und Snowboard-Versicherung, den TUI Wintersportschutz-Plus und das Allround-Sportpaket der Europäische Reiseversicherung AG (im Folgenden kurz ERV genannt). Der gebuchte Versicherungsschutz ist in den nachfolgenden Teilen C, D, F – H und K geregelt.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 Versicherte Reise

Versicherungsschutz besteht für die jeweils versicherte Reise.

Artikel 2 Beginn und Ende des Versicherungsschutzes

- Der Versicherungsschutz
 - ist für die gesamte Dauer der Reise zu buchen;
 - entfällt;
 - entfällt;
 - beginnt mit dem vereinbarten Zeitpunkt, frühestens mit →Antritt der Reise und endet mit dem vereinbarten Zeitpunkt, spätestens jedoch mit Beendigung der versicherten Reise;
 - verlängert sich über den vereinbarten Zeitpunkt hinaus, wenn sich die planmäßige Beendigung der Reise aus Gründen verzögert, die die →versicherte Person nicht zu vertreten hat.

Artikel 3 Ausschlüsse

- Nicht versichert sind Schäden durch Krieg, Bürgerkrieg, kriegsähnliche Ereignisse, innere Unruhen, →Pandemien, Kernenergie oder sonstige ionisierende Strahlung, Streik und andere Arbeitskämpfe/maßnahmen, Beschlagnahme und sonstige Eingriffe von hoher Hand.
- Es besteht jedoch Versicherungsschutz, wenn die →versicherte Person während der versicherten Reise überraschend von Krieg, Bürgerkrieg, kriegsähnlichen Ereignissen oder inneren Unruhen betroffen wird. Dieser Versicherungsschutz erlischt am Ende des siebten Tages nach Beginn eines dieser Ereignisse. Die Erweiterung gilt nicht bei Reisen in Staaten, auf deren Gebiet zur Zeit der Einreise der →versicherten Person bereits Krieg oder Bürgerkrieg herrscht oder wo zum Zeitpunkt der Einreise eine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland existiert hat. Sie gilt auch nicht für die aktive Teilnahme am Krieg oder Bürgerkrieg sowie für Unfallfolgen bzw. Erkrankungen durch den Einsatz von ABC-Waffen.
- Nicht versichert sind Schäden im Zusammenhang mit Terrorangriffen, sofern das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland vor →Antritt der Reise eine Reisewarnung für das entsprechende Zielgebiet ausgesprochen hat.

Artikel 4 Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

- Die →versicherte Person ist verpflichtet,
 - alles zu vermeiden, was zu unnötigen Kosten führen könnte (Schadensminderungspflicht);
 - den Schaden der ERV →unverzüglich anzuzeigen;
 - der ERV jede zumutbare Untersuchung über Ursache und Höhe ihrer Leistungspflicht zu gestatten, jede sachdienliche Auskunft wahrheitsgemäß zu erteilen, Originalbelege einzureichen und ggf. die behandelnden Ärzte von ihrer Schweigepflicht zu entbinden, soweit die Kenntnis der Daten für die Beurteilung der Leistungspflicht oder des Leistungsumfanges erforderlich ist.
- Wird eine dieser Obliegenheiten vorsätzlich verletzt, ist die ERV von ihrer Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Obliegenheit ist die ERV berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht. Die ERV bleibt insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der ERV gehabt hat, es sei denn, dass die →versicherte Person arglistig gehandelt hat.

Artikel 5 Zahlung der Entschädigung

- Ist die Leistungspflicht der ERV dem Grunde und der Höhe nach festgestellt, erfolgt die Auszahlung der Entschädigung binnen zwei Wochen.
- Von der →versicherten Person in fremder Währung aufgewandte Kosten werden dieser in Euro zum Wechselkurs des Tages erstattet, an dem diese Kosten von der →versicherten Person gezahlt wurden.

Artikel 6 Ansprüche gegen Dritte

- Ersatzansprüche gegen Dritte gehen im gesetzlichen Umfang bis zur Höhe der geleisteten Zahlung auf die ERV über.
- Sofern erforderlich, ist die →versicherte Person verpflichtet, in diesem Umfang Ersatzansprüche an die ERV abzutreten.

Artikel 7 Besondere Verwirklichungsgründe

Die ERV wird von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn die →versicherte Person die ERV nach Eintritt des Versicherungsfalles arglistig über Umstände zu täuschen versucht, die für den Grund oder die Höhe der Leistung von Bedeutung sind oder aus Anlass des Versicherungsfalles, insbesondere in der Schadensanzeige, vorsätzlich oder arglistig unwahre Angaben macht, auch wenn hierdurch der ERV kein Nachteil entsteht. Bei Vorsatz

bleibt die ERV insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der ERV gehabt hat.

Artikel 8 Entschädigung aus anderen Versicherungen

- Soweit im Versicherungsfall eine Entschädigung aus anderen Versicherungen beansprucht werden kann, gehen diese Leistungsverpflichtungen vor. Dies gilt auch dann, wenn in einem dieser Versicherungsverhältnisse ebenfalls eine nachrangige Haftung vereinbart ist. Die Ansprüche der →versicherten Person bleiben hiervon unberührt und unbeeinträchtigt. Meldet die →versicherte Person den Versicherungsfall der ERV, wird diese in Vorleistung treten und den Schadensfall bedingungsgemäß regulieren.
- Vorstehendes gilt nicht für die Reiseunfall-Versicherung (Teil G).

Artikel 9 Inländische Gerichtsstände / anwendbares Recht

- Gerichtsstand für Klagen gegen die ERV ist München.
- Soweit gesetzlich zulässig, gilt deutsches Recht.

Artikel 10 Verjährung

- Ansprüche aus dem Versicherungsverhältnis verjähren innerhalb von drei Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der →versicherten Person bekannt war bzw. bekannt sein musste.
- Hat die →versicherte Person ihren Anspruch bei der ERV angezeigt, ist die Verjährung so lange gehemmt, bis der →versicherten Person die Entscheidung der ERV zugegangen ist.

Artikel 11 Anzeigen und Willenserklärungen

Anzeigen und Willenserklärungen der →versicherten Person und der ERV bedürfen der Textform, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Reisevermittler sind zur Entgegennahme nicht bevollmächtigt.

C Reisekranken-Versicherung

§ 1 Gegenstand der Versicherung

- Die ERV leistet Entschädigung bei auf der versicherten Reise akut eintretenden Krankheiten und Unfällen für die Kosten der
- Heilbehandlungen im →Ausland;
 - Kranken- und Gepäcktransporte;
 - Überführung bei Tod.

§ 2 Heilbehandlungen im →Ausland

- Die ERV erstattet die Kosten der im →Ausland notwendigen Heilbehandlungen, die von Ärzten durchgeführt oder verordnet werden. Dazu gehören insbesondere
 - stationäre Behandlungen im Krankenhaus einschließlich unaufschiebbarer Operationen;
 - ambulante Heilbehandlungen;
 - Arznei-, Heil- und Verbandsmittel;
 - bei einer Frühgeburt bis einschließlich der 32. Schwangerschaftswoche die Kosten der im →Ausland notwendigen Heilbehandlungen des neugeborenen Kindes;
 - schmerzstillende Zahnbehandlungen einschließlich Zahnfüllungen in einfacher Ausfertigung sowie Reparaturen von Zahnersatz und Zahnprothesen bis zu insgesamt € 250,- je Versicherungsfall;
 - Anschaffung von Herzschrittmachern und Prothesen, die aufgrund von Unfällen oder Erkrankungen, die während der Reise auftreten, erstmals notwendig werden, um die Transportfähigkeit der →versicherten Person zu gewährleisten;
 - Hilfsmittel (z.B. Gehhilfen, Miete eines Rollstuhls), sofern sie aufgrund eines Unfalls oder einer Krankheit auf der versicherten Reise erstmals notwendig werden, bis zu insgesamt € 250,- je Versicherungsfall.
- Sofern ein Krankenrücktransport bis zum Ende der versicherten Reise wegen Transportfähigkeit der →versicherten Person nicht möglich ist, erstattet die ERV die Kosten der Heilbehandlung bis zum Tag der Transportfähigkeit.
- Krankenhaustagegeld
Die →versicherte Person erhält bei →medizinisch notwendiger vollstationärer Heilbehandlung im →Ausland wahlweise anstelle von Kostenersatz für die stationäre Heilbehandlung ein Krankenhaustagegeld von € 50,- pro Tag, maximal für 30 Tage ab Beginn der stationären Behandlung. Das Wahlrecht ist →unverzüglich bei Beginn der stationären Behandlung gegenüber der ERV auszuüben.
- Muss ein mitversichertes Kind bis einschließlich 12 Jahre stationär behandelt werden, erstattet die ERV die Kosten für die Unterbringung einer Begleitperson im Krankenhaus.
- Telefonkosten Telefonkosten zur Kontaktaufnahme mit der Notrufzentrale der ERV werden bis zu € 25,- je Versicherungsfall erstattet.

§ 3 Kranken- und Gepäcktransporte/Überführung

- Die ERV erstattet die Kosten für
- den Krankentransport zum stationären Aufenthalt im Krankenhaus im →Ausland und zurück in die Unterkunft am Aufenthaltsort;
 - den Krankentransport zur ambulanten Erstversorgung im Krankenhaus im →Ausland;

- den medizinisch sinnvollen und vertretbaren Krankenrücktransport aus dem →Ausland an den Wohnort der →versicherten Person bzw. in das dem Wohnort nächstgelegene geeignete Krankenhaus;
- die Gepäckrückholung vom Aufenthaltsort an den Wohnort der →versicherten Person;
- die Bestattung im →Ausland oder die Überführung zum Bestattungsort.

§ 4 Reisen in Deutschland

Für Personen mit ständigem Wohnsitz in Deutschland besteht auf Reisen innerhalb Deutschlands folgender Versicherungsschutz:

- Wird wegen einer während der Reise akut eingetretenen Krankheit oder Verletzung eine vollstationäre Krankenhausbehandlung am Aufenthaltsort →medizinisch notwendig, zahlt die ERV für diesen Krankenhausaufenthalt ein Tagelgeld von € 50,- pro Tag, maximal für 30 Tage ab Beginn der stationären Behandlung.
- Die ERV erstattet die Kosten für den medizinisch sinnvollen Krankenrücktransport an den Wohnort der →versicherten Person bzw. in das dem Wohnort nächstgelegene geeignete Krankenhaus sowie im Todesfall die Überführung zum Bestattungsort.
- Die ERV erstattet die Kosten für die Gepäckrückholung vom Aufenthaltsort an den Wohnort der →versicherten Person.

§ 5 Transferaufenthalte in Deutschland

Hat die →versicherte Person ihren ständigen Wohnsitz nicht in Deutschland und hält sie sich vorübergehend wegen eines Transferaufenthaltes zum Zweck der Weiterreise in das Zielland oder zurück in das →Heimatland bis zu maximal 48 Stunden in Deutschland auf, erstattet die ERV im in den §§ 2 und 3 genannten Umfang Heilbehandlungskosten, Kosten für Kranken- und Gepäcktransporte und Überführung.

§ 6 Ausschlüsse/Einschränkungen

- Nicht versichert sind
 - Heilbehandlungen, die ein Grund für den →Antritt der Reise waren;
 - Heilbehandlungen und andere ärztlich angeordnete Maßnahmen, bei denen der →versicherten Person bei →Reiseantritt bekannt war, dass sie bei planmäßiger Durchführung der Reise aus medizinischen Gründen stattfinden mussten (z. B. Dialysen);
 - Verschlechterungen bereits bestehender Erkrankungen, soweit sie vor →Reiseantritt absehbar waren;
 - Anschaffung und Reparatur von Sehhilfen und Hörgeräten;
 - Anschaffung und Reparatur von Herzschrittmachern und Prothesen, es sei denn, dass die Anschaffung aufgrund von Unfällen oder Erkrankungen, die während der Reise auftreten, erstmals notwendig wird, um die Transportfähigkeit der →versicherten Person zu gewährleisten;
 - Unfall- oder Krankheitskosten hervorgerufen durch Geistes oder Bewusstseinsstörungen, soweit diese auf Missbrauch von Alkohol, Drogen, Rausch- oder Betäubungsmitteln, Schlaftabletten oder sonstigen narkotischen Stoffen beruhen;
 - Akupunktur, Fango und Massagen;
 - Pflegebedürftigkeit oder Verwahrung;
 - psychoanalytische und psychotherapeutische Behandlung sowie Hypnose.
- Übersteigt eine Heilbehandlung oder eine sonstige Maßnahme das →medizinisch notwendige Maß, so kann die ERV ihre Leistung auf einen angemessenen Betrag herabsetzen. Die berechneten Honorare und Gebühren dürfen den in dem betreffenden Land als allgemein üblich und angemessen betrachteten Umfang nicht übersteigen. Andernfalls kann die ERV die Erstattung auf die landesüblichen Sätze kürzen.

§ 7 Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

- Die →versicherte Person ist verpflichtet,
 - vor Beginn einer stationären Heilbehandlung sowie vor Durchführung von Krankenrücktransporten →unverzüglich Kontakt zur Notrufzentrale der ERV aufzunehmen;
 - der ERV die Rechnungsoriginale oder Zeitschriften mit einem Originalerstattungsstempel eines anderen Leistungsträgers über die gewährten Leistungen vorzulegen; diese werden Eigentum der ERV.
- Wird eine dieser Obliegenheiten vorsätzlich verletzt, ist die ERV von ihrer Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Obliegenheit ist die ERV berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht. Die ERV bleibt insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der ERV gehabt hat, es sei denn, dass die versicherte Person arglistig gehandelt hat.

§ 8 Selbstbeteiligung

Bei Tarifen mit Selbstbeteiligung trägt die →versicherte Person bei Heilbehandlungskosten im →Ausland eine Selbstbeteiligung in Höhe von € 100,- je Versicherungsfall.

§ 9 Aufwandsentschädigung bei Vorab-Beteiligung anderer Leistungsträger

Werden alle im →Ausland angefallenen Heilbehandlungskosten, die unter die Leistungspflicht gemäß § 2 fallen, vorab einem anderen Leistungsträger eingereicht, der sich an der Kostenerstattung beteiligt, zahlt die ERV der →versicherten Person über die Kostenerstattung hinaus einen einmaligen Betrag in Höhe von € 50,-.

§ 10 Entschädigung aus anderen Versicherungen

Entsteht der →versicherten Person ein finanzieller Schaden aufgrund einer Kostenteilung der ERV mit einem anderen Versicherungsunternehmen, wird die ERV nach eigenem Ermessen auf die Beteiligung eines anderen Versicherungsunternehmens verzichten oder diesen Schaden ausgleichen.

D Medizinische Notfall-Hilfe

§ 1 Gegenstand der Versicherung

Die ERV erbringt durch ihre Notrufzentrale im 24Stunden-Service Beistandsleistungen in den nachstehenden medizinischen Notfällen, die der →versicherten Person während der Reise zustoßen.

§ 2 Krankheit/Unfall

1. Information über ärztliche Versorgung

Die ERV informiert auf Anfrage vor und während der Reise über die Möglichkeiten ärztlicher Versorgung der →versicherten Person. Soweit möglich, benennt sie einen Deutsch oder Englisch sprechenden Arzt.

2. Krankenhausaufenthalt

Wird die →versicherte Person in einem Krankenhaus stationär behandelt, erbringt die ERV die nachstehenden Leistungen:

a) Betreuung

Die ERV stellt über einen von ihr beauftragten Arzt den Kontakt zu den behandelnden Krankenhausärzten sowie ggf. zum Hausarzt der →versicherten Person her und sorgt für die Übermittlung von Informationen zwischen den beteiligten Ärzten. Auf Wunsch informiert die ERV →Angehörige der →versicherten Person.

b) Krankenbesuch

Dauert der Krankenhausaufenthalt voraussichtlich länger als fünf Tage, organisiert die ERV auf Wunsch die Reise einer der →versicherten Person nahe stehenden Person zum Ort des Krankenhausaufenthaltes und von dort zurück zum Wohnort. Die ERV übernimmt die Kosten des Beförderungsmittels.

c) Kostenübernahmegarantie/Abrechnung

Die ERV gibt gegenüber dem Krankenhaus eine Kostenübernahmegarantie bis zu € 15.000,- ab. Sie übernimmt namens und im Auftrag der →versicherten Person die Abrechnung mit den zuständigen Kostenträgern. Soweit die zuständigen Kostenträger die von der ERV gezahlten Beträge nicht übernehmen, sind sie von der →versicherten Person binnen eines Monats nach Rechnungsstellung an die ERV zurückzuzahlen.

§ 3 Krankenrücktransport und Gepäckrückholung

1. Sobald es medizinisch sinnvoll und vertretbar ist, organisiert die ERV den Krankenrücktransport der →versicherten Person mit medizinisch adäquaten Transportmitteln (einschließlich Ambulanzfahrzeugen) an den Wohnort der →versicherten Person oder in das dem Wohnort der →versicherten Person nächstgelegene geeignete Krankenhaus.

2. In diesem Fall organisiert die ERV außerdem die Gepäckrückholung vom Aufenthaltsort an den Wohnort der →versicherten Person.

§ 4 Arzneimittel-Beratungs-Service

Die ERV berät die →versicherte Person

- a) über Arzneimittel, die während der versicherten Reise notwendig werden;
- b) über Ersatzpräparate, wenn auf der Reise benötigte Arzneimittel abhandeln können.

§ 5 Tod

Stirbt die →versicherte Person auf der Reise, organisiert die ERV auf Wunsch der →Angehörigen die Bestattung im →Ausland oder die Überführung der verstorbenen Person an den Bestattungsort.

§ 6 Rückholung von Kindern

1. Können mitreisende Kinder unter 16 Jahren wegen Tod, schwerer Unfallverletzung oder unerwarteter schwerer Erkrankung der →versicherten Person nicht mehr betreut werden, organisiert die ERV deren Rückreise zum Wohnort.
2. Die ERV übernimmt die gegenüber der ursprünglich geplanten Rückreise entstehenden Mehrkosten.

§ 7 Such-, Rettungs- und Bergungskosten

Erleidet die →versicherte Person einen Unfall und muss sie deswegen gesucht, gerettet oder geborgen werden, erstattet die ERV die hierfür angefallenen Kosten bis zu € 10.000,-.

§ 8 Obliegenheit nach Eintritt des Versicherungsfalles

1. Die →versicherte Person hat nach Eintritt des Versicherungsfalles →unverzüglich mit der Notrufzentrale Kontakt aufzunehmen.
2. Wird diese Obliegenheit vorsätzlich verletzt, ist die ERV von ihrer Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Obliegenheit ist die ERV berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht.

Die ERV bleibt insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der ERV gehabt hat, es sei denn, dass die →versicherte Person arglistig gehandelt hat.

F Reisegepäck-Versicherung

§ 1 Versichertes Reisegepäck

Zum versicherten Reisegepäck zählen alle Sachen des persönlichen Reisebedarfs der →versicherten Person einschließlich →Sportgeräte, Geschenke und Reiseandenken.

§ 2 Gegenstand der Versicherung

1. Mitgeführtes Reisegepäck

Die ERV leistet Entschädigung, wenn mitgeführtes Reisegepäck während der Reise abhanden kommt oder beschädigt wird durch

- a) Straftat eines Dritten;
- b) Unfall eines Transportmittels;
- c) Feuer oder →Elementarereignisse.

2. Aufgegebenes Reisegepäck

Die ERV leistet Entschädigung, wenn aufgegebenes Reisegepäck abhanden kommt oder beschädigt wird, während es sich im Gewahrsam eines Beförderungsunternehmens, eines Beherbergungsbetriebes oder einer Gepäckaufbewahrung befindet.

§ 3 Höhe der Entschädigung

Im Versicherungsfall erstattet die ERV bis zur Höhe der Versicherungssumme für

- a) abhanden gekommene oder zerstörte Sachen den →Zeitwert;
- b) beschädigte Sachen die notwendigen Reparaturkosten und ggf. eine verbleibende Wertminderung, höchstens jedoch den →Zeitwert;
- c) Filme, Bild-, Ton- und Datenträger den Materialwert;
- d) amtliche Ausweise und Visa die amtlichen Gebühren der Wiederbeschaffung.

§ 4 Verspätet ausgeliefertes Reisegepäck

Die ERV erstattet die nachgewiesenen Aufwendungen für Ersatzkäufe, die zur Fortführung der Reise notwendig sind, bis zu € 250,- je Person bzw. € 500,- je Familie, wenn aufgegebenes Reisegepäck den Bestimmungsort wegen verzögerter Beförderung nicht am selben Tag wie die →versicherte Person erreicht.

§ 5 Ausschlüsse/Einschränkungen

1. Nicht versichert sind

- a) Schäden durch Vergessen, Liegen-, Hängen-, Stehenlassen oder Verlieren;
- b) Brillen, Kontaktlinsen, Hörgeräte und Prothesen;
- c) Geld, Wertpapiere, Fahrkarten und Dokumente aller Art mit Ausnahme von amtlichen Ausweisen und Visa;
- d) Vermögensfolgeschäden.

2. Einschränkungen des Versicherungsschutzes

- a) Video- und Fotoapparate einschließlich Zubehör sind als aufgegebenes Reisegepäck nicht versichert. Als mitgeführtes Reisegepäck sind diese Gegenstände bis insgesamt 50 % der Versicherungssumme versichert;
 - b) Schmucksachen und Kostbarkeiten sind nicht versichert. Versicherungsschutz bis insgesamt 50 % der Versicherungssumme besteht jedoch, wenn sie in einem ortsfesten, verschlossenen Behältnis (z. B. Safe) eingeschlossen oder im persönlichen Gewahrsam sicher verwahrt mitgeführt werden;
 - c) EDV-Geräte und Software einschließlich des jeweiligen Zubehörs sind bis insgesamt € 500,- versichert;
 - d) →Sportgeräte einschließlich Zubehör sind insgesamt bis 25 % der Versicherungssumme versichert. Soweit sie sich in bestimmungsgemäßem Gebrauch befinden, sind sie nicht versichert;
 - e) Geschenke und Reiseandenken sind insgesamt bis zu 10 % der Versicherungssumme versichert;
 - f) Versicherungsschutz für Schäden am Reisegepäck während des Zeltens und Campings besteht nur auf offiziell eingerichteten Campingplätzen.
3. Reisegepäck im abgestellten Kraftfahrzeug
Versicherungsschutz bei Diebstahl des Reisegepäcks während der versicherten Reise aus einem abgestellten Kraftfahrzeug und aus daran angebrachten, mit Verschluss gesicherten Behältnissen besteht, wenn das Kraftfahrzeug bzw. die Behältnisse fest verschlossen sind und der Schaden zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr eintritt. Bei Fahrtunterbrechungen, die nicht länger als jeweils zwei Stunden dauern, besteht jederzeit Versicherungsschutz.

§ 6 Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

1. Die →versicherte Person ist verpflichtet,

- a) Versicherungsnachweis und Buchungsunterlagen bei der ERV einzureichen;
- b) Schäden durch strafbare Handlungen →unverzüglich der nächstzuständigen oder nächsterreichbaren Polizeidienststelle unter Einreichung einer Liste aller in Verlust geratenen Sachen anzuzeigen und sich dies bestätigen zu lassen. Der ERV ist hierüber eine Bescheinigung einzureichen;
- c) Schäden an aufgegebenem Reisegepäck dem Beförderungsunternehmen, dem Beherbergungsbetrieb bzw. der Gepäckaufbewahrung →unverzüglich zu melden. Außerlich nicht erkennbare Schäden sind nach der Entdeckung →unverzüglich und unter

Einhaltung der jeweiligen Reklamationsfrist, spätestens innerhalb von sieben Tagen nach Aushändigung des Reisegepäckstücks, schriftlich anzuzeigen. Der ERV sind entsprechende Bescheinigungen vorzulegen;

- d) sich die Verspätung des Reisegepäcks vom Beförderungsunternehmen bestätigen zu lassen und der ERV hierüber eine Bescheinigung einzureichen.
2. Wird eine dieser Obliegenheiten vorsätzlich verletzt, ist die ERV von ihrer Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Obliegenheit ist die ERV berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht. Die ERV bleibt insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der ERV gehabt hat, es sei denn, dass die →versicherte Person arglistig gehandelt hat.

§ 7 Selbstbeteiligung

Bei Tarifen mit Selbstbeteiligung trägt die →versicherte Person eine Selbstbeteiligung in Höhe von € 100,- je Versicherungsfall.

§ 8 Besondere Verwirklichungsgründe

Die ERV ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn die →versicherte Person den Versicherungsfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Führt die →versicherte Person den Versicherungsfall grob fahrlässig herbei, so ist die ERV berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht.

G Reiseunfall-Versicherung

§ 1 Gegenstand der Versicherung

1. Die ERV erbringt die nachfolgend aufgeführten Versicherungsleistungen bei Unfällen auf der versicherten Reise, die zum Tod oder zur dauernden Invalidität der →versicherten Person führen.
2. Ein Unfall liegt vor, wenn die →versicherte Person
 - a) durch ein plötzlich von außen auf ihren Körper wirkendes Ereignis unfreiwillig eine Gesundheitsschädigung erleidet;
 - b) sich durch eine erhöhte Kraftanstrengung ein Gelenk verrenkt oder Muskeln, Sehnen, Bänder oder Kapseln zerrt oder zerreißt;
 - c) bei rechtmäßiger Verteidigung oder bei Bemühungen zur Rettung von Menschenleben, Tieren oder Sachen Gesundheitsschäden erleidet.

§ 2 Tod der →versicherten Person

1. Führt der Unfall innerhalb eines Jahres zum Tod der →versicherten Person, zahlt die ERV an die Erben die in der Versicherungsbestätigung vereinbarte Versicherungssumme.
2. Sobald der ERV die Unterlagen zugegangen sind, die als Nachweis über den Versicherungsfall aufgrund Todes der →versicherten Person beizubringen sind, erklärt sie innerhalb von einem Monat, ob und in welcher Höhe sie einen Anspruch anerkennt.
3. Erkennt die ERV den Anspruch an, so erfolgt die Auszahlung der Versicherungsleistung binnen zwei Wochen.

§ 3 Leistung bei Invalidität

1. Voraussetzungen für die Leistung sind:

- a) Die →versicherte Person ist durch den Unfall auf Dauer in ihrer körperlichen oder geistigen Funktionsfähigkeit beeinträchtigt (Invalidität) und
 - b) die Invalidität ist innerhalb eines Jahres nach dem Unfall eingetreten und spätestens innerhalb weiterer drei Monate von einem Arzt schriftlich festgestellt und bei der ERV geltend gemacht worden.
2. Kein Anspruch auf Invaliditätsleistung besteht, wenn die →versicherte Person unfallbedingt innerhalb eines Jahres nach dem Unfall stirbt.
3. Stirbt die →versicherte Person aus unfallfremder Ursache innerhalb eines Jahres nach dem Unfall oder – gleichgültig aus welcher Ursache – später als ein Jahr nach dem Unfall und war ein Anspruch auf Invaliditätsleistung nach Nr. 1 entstanden, so ist nach dem Invaliditätsgrad zu leisten, mit dem aufgrund der zuletzt erhobenen ärztlichen Befunde zu rechnen gewesen wäre.
4. Die Invaliditätsleistung wird als Kapitalleistung aus der für den Versicherungsfall vereinbarten Summe gezahlt.
5. Grundlage der Berechnung der Leistung bilden die Versicherungssumme und der Grad der Invalidität.
6. Es gelten ausschließlich die folgenden Invaliditätsgrade bei Verlust oder Funktionsunfähigkeit:

- eines Armes.....70 Prozent
- eines Armes bis oberhalb des Ellenbogengelenks...65 Prozent
- eines Armes unterhalb des Ellenbogengelenks..... 60 Prozent
- einer Hand.....55 Prozent
- eines Daumens.....20 Prozent
- eines Zeigefingers..... 10 Prozent
- eines anderen Fingers..... 5 Prozent
- eines Beines über der Mitte des Oberschenkels..... 70 Prozent
- eines Beines bis zur Mitte des Oberschenkels..... 60 Prozent
- eines Beines bis unterhalb des Knies..... 50 Prozent
- eines Beines bis zur Mitte des Unterschenkels..... 45 Prozent
- eines Fußes..... 40 Prozent
- einer großen Zehe..... 5 Prozent
- einer anderen Zehe..... 2 Prozent
- eines Auges..... 50 Prozent
- des Gehörs auf einem Ohr..... 30 Prozent
- des Geruchs..... 10 Prozent
- des Geschmacks..... 5 Prozent
- der Stimme..... 50 Prozent

- Bei Teilverlust oder teilweiser Funktionsbeeinträchtigung gilt der entsprechende Teil des jeweiligen Prozentsatzes.
- Für nicht genannte Körperteile und Sinnesorgane bemisst sich der Invaliditätsgrad danach, inwieweit die normale körperliche oder geistige Funktionsfähigkeit beeinträchtigt ist. Dabei sind ausschließlich medizinische Gesichtspunkte zu berücksichtigen.
- Sind mehrere Körperteile oder Sinnesorgane durch den Unfall beeinträchtigt, werden die nach den vorstehenden Bestimmungen ermittelten Invaliditätsgrade zusammengerechnet. Mehr als 100 Prozent werden jedoch nicht angenommen.
- Waren betroffene Körperteile oder Sinnesorgane oder deren Funktionen bereits vor dem Unfall dauerhaft beeinträchtigt, wird der Invaliditätsgrad um die Vorinvalidität gemindert. Diese ist nach Nr. 6 zu bemessen.

§ 4 Zahlung der Versicherungsleistung bei dauernder Invalidität

- Vor Abschluss des Heilverfahrens kann eine Invaliditätsleistung innerhalb eines Jahres nach Eintritt des Unfalls nicht beansprucht werden.
- Sobald der ERV die Unterlagen zugegangen sind, die über den Abschluss des für die Bemessung der Invalidität notwendigen Heilverfahrens beizubringen sind, wird sie innerhalb von drei Monaten erklären, ob und in welcher Höhe sie einen Anspruch anerkennt.
- Erkennt die ERV den Anspruch an, so erfolgt die Auszahlung der Versicherungsleistung binnen zwei Wochen.
- Die →versicherte Person und die ERV sind berechtigt, den Grad der Invalidität jährlich, längstens bis zu drei Jahren nach dem Unfallereignis, erneut ärztlich bemessen zu lassen. Dieses Recht muss seitens der ERV mit der Erklärung gemäß Nr. 2, seitens der →versicherten Person innerhalb eines Monats nach Zugang dieser Erklärung ausgeübt werden. Ergibt die endgültige Bemessung eine höhere Invaliditätsleistung, als sie die ERV bereits erbracht hat, so ist der Mehrbetrag mit 5 % jährlich zu verzinsen.

§ 5 Ausschlüsse / Einschränkungen

Nicht unter den Versicherungsschutz fallen

- Unfälle durch Geistes- oder Bewusstseinsstörungen, Schlaganfälle, Krampfanfälle, die den ganzen Körper ergreifen, sowie durch krankhafte Störungen infolge psychischer Reaktionen;
- Unfälle durch alkohol- oder betäubungsmittelbedingte Bewusstseinsstörungen;
- Unfälle in ursächlichem Zusammenhang mit dem Betrieb eines Luftfahrzeuges. Versicherungsschutz besteht jedoch als Fluggast eines Luftfahrtunternehmens;
- Gesundheitsschädigungen durch Heilmaßnahmen, Strahlen und Infektionen, es sei denn, diese sind durch den Unfall bedingt;
- Unfälle bei der Ausübung von Extremsportarten (hierzu zählen insbesondere Rafting, Free-Climbing, Canyoning, Abseilaktionen und Höhlenbegehungen, Bergsteigen, Drachenfliegen, Gleitschirmfliegen, Fallschirmspringen), bei der Teilnahme an Box- oder Ringkämpfen, Kampfsportwettkämpfen, Pferde- oder Radrennen sowie als Fahrer, Beifahrer oder Insasse eines Kraftfahrzeugs an Fahrtveranstaltungen einschließlich der dazu gehörigen Übungsfahrten, bei denen es auf die Erzielung von Höchstgeschwindigkeiten ankommt;
- Unfälle, die der →versicherten Person dabei zustoßen, dass sie vorzüglich eine Straftat ausführt oder versucht;
- Unfälle aufgrund versuchten Suizids und dessen Folgen sowie aufgrund vollendeten Suizids.

§ 6 Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

- Die →versicherte Person ist verpflichtet,
 - sich von den von der ERV beauftragten Ärzten untersuchen zu lassen. Die hierfür notwendigen Kosten trägt die ERV;
 - die behandelnden oder begutachtenden Ärzte, andere Versicherer und Behörden zu ermächtigen, der ERV und den von ihr beauftragten Ärzten alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- Wird eine dieser Obliegenheiten vorsätzlich verletzt, ist die ERV von ihrer Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Obliegenheit ist die ERV berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht. Die ERV bleibt insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der ERV gehabt hat, es sei denn, dass die →versicherte Person arglistig gehandelt hat.

H Reisehaftpflicht-Versicherung

§ 1 Gegenstand der Versicherung

Die ERV schützt die →versicherte Person vor Haftpflichtrisiken während der versicherten Reise. Versicherungsschutz wird gewährt, sofern die →versicherte Person wegen eines Schadensereignisses, das den Tod, die Verletzung oder Gesundheitsschädigung von Menschen (Personenschaden) oder die Beschädigung oder Vernichtung von Sachen (Sachschaden) zur Folge hat, aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts von einem Dritten auf Schadensersatz in Anspruch genommen wird.

§ 2 Umfang des Versicherungsschutzes

- Die Leistungspflicht der ERV umfasst die Prüfung der Haftpflichtfrage, die Abwehr unberechtigter Ansprüche sowie die Freistellung von berechtigten Ansprüchen Dritter, welche die →versicherte Person zu zahlen hätte. Die Freistellung setzt voraus, dass sie aufgrund eines

von der ERV abgegebenen oder genehmigten Anerkenntnisses, eines von ihr geschlossenen oder genehmigten Vergleichs oder einer richterlichen Entscheidung zu zahlen ist. Erkennt die →versicherte Person den Anspruch ohne Genehmigung der ERV an, stellt die ERV die →versicherte Person insoweit von den Ansprüchen Dritter frei, als diese auch ohne das Anerkenntnis bestanden hätten.

- Kommt es in einem Versicherungsfall zu einem Rechtsstreit mit dem Geschädigten oder dessen Rechtsnachfolger gegen die →versicherte Person, so führt die ERV den Rechtsstreit auf ihre Kosten im Namen der →versicherten Person. Die Aufwendungen der ERV für diese Kosten werden nicht als Leistungen auf die Deckungssumme angerechnet. Etwas anderes gilt, wenn Ansprüche vor Gerichten in den USA / Kanada geltend gemacht werden; in diesem Fall werden die Aufwendungen der ERV für die Kosten des Rechtsstreits auf die Deckungssumme angerechnet.
- Übersteigen die Haftpflichtansprüche die Deckungssumme, so trägt die ERV die Kosten des Rechtsstreits nur im Verhältnis der Deckungssumme zur Gesamthöhe der Ansprüche, und zwar auch dann, wenn es sich um mehrere aus einem Schadensereignis entstehende Prozesse handelt.
- Wird in einem Strafverfahren wegen eines versicherten Schadensereignisses, das einen unter den Versicherungsschutz fallenden Haftpflichtanspruch zur Folge haben kann, die Bestellung eines Verteidigers für die →versicherte Person von der ERV gewünscht oder genehmigt, so trägt die ERV die Kosten des Verteidigers.
- Hat die →versicherte Person für eine aus einem Versicherungsfall geschuldete Rente kraft Gesetzes Sicherheit zu leisten oder ist ihr die Abwendung der Vollstreckung einer gerichtlichen Entscheidung durch Sicherheitsleistung oder Hinterlegung nachgelassen, bewirkt die ERV an ihrer Stelle die Sicherheitsleistung oder Hinterlegung.
- Falls eine von der ERV verlangte Erledigung eines Haftpflichtanspruchs durch Anerkenntnis, Befriedigung oder Vergleich am Widerstand der →versicherten Person scheitert, hat die ERV für den von der Weigerung an entstehenden Mehraufwand von Hauptsache, Zinsen und Kosten nicht aufzukommen.

§ 3 Höhe der Leistungen

- Die gesamte Entschädigungsleistung ist bei jedem Versicherungsfall auf die vereinbarte Deckungssumme begrenzt.
- Mehrere zeitlich zusammenhängende Schäden aus derselben Ursache gelten als ein Schadensereignis.

§ 4 Ausschlüsse

- Die ERV haftet nicht, wenn die →versicherte Person vorsätzlich und widerrechtlich den Eintritt der Tatsache, für die sie dem Dritten verantwortlich ist, herbeigeführt hat.
- Ausgeschlossen von der Versicherung ist die Haftpflicht
 - für Ansprüche, soweit sie aufgrund Vertrages oder besonderer Zusagen über den Umfang der gesetzlichen Haftpflicht der →versicherten Person hinausgehen;
 - für Ansprüche auf Gehalt, Ruhegehalt, Lohn oder sonstige festgesetzte Bezüge, Verpflegung, ärztliche Behandlung im Falle der Dienstbeziehung und Fürsorgeansprüche;
 - der →versicherten Personen untereinander und ihrer mitreisenden →Angehörigen;
 - wegen der Übertragung einer Krankheit der →versicherten Person;
 - für Gefahren, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit stehen, also z. B. Gefahren eines Betriebes, Berufes, Dienstes, Amtes (auch Ehrenamtes), einer verantwortlichen Beschäftigung in Vereinigungen aller Art oder einer ungewöhnlichen und gefährlichen Beschäftigung;
 - für Gefahren, die im unmittelbaren Zusammenhang stehen mit der vorsätzlichen und widerrechtlichen Begehung einer Straftat;
 - als Halter von Tieren;
 - als Eigentümer, Besitzer, Halter oder Führer eines Kraft-, Luft- oder motorisierten Wasserfahrzeuges wegen Schäden, die durch den Gebrauch des Fahrzeuges verursacht werden;
 - für die Ausübung der Jagd und aus Schäden infolge der Teilnahme an Pferde-, Rad- oder Kraftfahrzeug-Rennen, Box oder Ringkämpfen sowie den Vorbereitungen hierzu;
 - wegen Schäden an fremden Sachen, die die →versicherte Person gemietet, geliehen oder durch verbotene Eigenmacht erlangt hat oder die Gegenstand eines Verwahrungsvertrages sind. Eingeschlossen ist jedoch die Haftpflicht aus der Beschädigung der gemieteten Unterkunft, nicht jedoch des mitgemieteten Mobiliars;
 - für Ansprüche auf Erfüllung von Verträgen, Nacherfüllung, aus Selbstvornahme, Rücktritt, Minderung, auf Schadensersatz statt der Leistung, auf Ersatz von Vermögensschäden wegen Verzögerung der Leistung oder wegen anderer an die Stelle der Erfüllung tretenden Ersatzleistungen. Dies gilt auch dann, wenn es sich hierbei um gesetzliche Ansprüche handelt.

§ 5 Obliegenheiten und Verfahren nach Eintritt des Versicherungsfalles

- Versicherungsfall ist das Schadensereignis, das Haftpflichtansprüche gegen die →versicherte Person zur Folge haben könnte. Schadensereignis ist das Ereignis, als dessen Folge die Schädigung des Dritten unmittelbar entstanden ist. Auf den Zeitpunkt der Schadensverursachung, die zum Schadensereignis geführt hat, kommt es nicht an.
- Jeder Versicherungsfall ist der ERV innerhalb von einer Woche anzuzeigen. Wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, ein Strafbefehl oder ein Mahnbescheid erlassen, so hat die →versicherte

Person der ERV →unverzüglich Anzeige zu erstatten, auch wenn sie den Versicherungsfall selbst bereits angezeigt hat. Macht der Geschädigte seinen Anspruch gegenüber der →versicherten Person geltend, so ist diese zur Anzeige innerhalb einer Woche nach der Erhebung des Anspruchs verpflichtet. Wird gegen die →versicherte Person ein Anspruch gerichtlich geltend gemacht, die Prozesskostenhilfe beantragt oder wird ihr gerichtlich der Streit verkündet, so hat sie außerdem →unverzüglich Anzeige zu erstatten. Das Gleiche gilt im Falle eines Arrestes, einer einstweiligen Verfügung oder eines Beweissicherungsverfahrens.

- Die →versicherte Person ist verpflichtet, unter Beachtung der Weisungen der ERV nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen und alles zu tun, was zur Klarstellung des Schadensfalles dient, sofern ihr dabei nichts Unbilliges zugemutet wird. Die →versicherte Person hat die ERV bei der Abwehr des Schadens sowie bei der Schadensermittlung und -regulierung zu unterstützen, ihr ausführliche und wahrheitsgemäße Schadensberichte zu erstatten, alle Tatumstände, welche auf den Schadensfall Bezug haben, mitzuteilen und alle nach Ansicht der ERV für die Beurteilung des Schadensfalles erheblichen Schriftstücke einzusenden.
- Kommt es zum Prozess über den Haftpflichtanspruch, so hat die →versicherte Person die Prozessführung der ERV zu überlassen, dem von der ERV bestellten oder bezeichneten Anwalt Vollmacht und alle von diesem oder der ERV für nötig erachteten Aufklärungen zu geben. Gegen Mahnbescheide oder Verfügungen von Verwaltungsbehörden auf Schadensersatz hat die →versicherte Person, ohne die Weisung der ERV abzuwarten, fristgemäß Widerspruch zu erheben oder die erforderlichen Rechtsbehelfe zu ergreifen.
- Erkennt die →versicherte Person den Haftpflichtanspruch ganz, zum Teil oder vergleichsweise ohne vorherige Zustimmung der ERV an, bleibt die Prüfung der Haftpflichtfrage und die Freistellung der →versicherten Person durch die ERV hierdurch unberührt.
- Wenn die →versicherte Person infolge veränderter Verhältnisse das Recht erlangt, die Aufhebung oder Minderung einer zu zahlenden Rente zu fordern, so ist die →versicherte Person verpflichtet, dieses Recht in ihrem Namen von der ERV ausüben zu lassen. Die Bestimmungen unter Nr. 3 bis 5 finden entsprechende Anwendung.
- Die ERV gilt als bevollmächtigt, alle zur Beilegung oder Abwehr des Anspruchs ihr zweckmäßig erscheinenden Erklärungen im Namen der →versicherten Person abzugeben.
- Wird eine dieser Obliegenheiten vorsätzlich verletzt, ist die ERV von ihrer Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Obliegenheit ist die ERV berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht. Die ERV bleibt insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der ERV gehabt hat, es sei denn, dass die →versicherte Person arglistig gehandelt hat.

§ 6 Selbstbeteiligung

Bei Tarifen mit Selbstbeteiligung trägt die →versicherte Person bei Sachschäden eine Selbstbeteiligung in Höhe von € 150,- je Versicherungsfall.

K Sportgeräte-Versicherung

§ 1 Versicherte Sachen

Versichert sind die →Sportgeräte der →versicherten Person.

§ 2 Gegenstand der Versicherung

- Mitgeführte →Sportgeräte

Die ERV leistet Entschädigung, wenn mitgeführte →Sportgeräte während der Reise abhanden kommen oder beschädigt werden durch

 - Straftat eines Dritten;
 - Unfall eines Transportmittels;
 - Feuer oder →Elementarereignisse.
- Aufgegebene →Sportgeräte

Die ERV leistet Entschädigung, wenn aufgegebene →Sportgeräte abhanden kommen oder beschädigt werden, während sie sich im Gewahrsam eines Beförderungsunternehmens, eines Beherbergungsbetriebes oder einer Gepäckaufbewahrung befinden.

§ 3 Beschädigung während des bestimmungsgemäßen Gebrauchs einschließlich Skidrubch

- Die ERV leistet Entschädigung, wenn →Sportgeräte während des bestimmungsgemäßen Gebrauchs einen Schaden erleiden, der zur vollständigen und dauerhaften Unbrauchbarkeit führt.
- Voraussetzung ist, dass die →Sportgeräte nicht älter als vier Jahre sind.

§ 4 Höhe der Entschädigung

- Im Versicherungsfall erstattet die ERV bis zur Höhe der Versicherungssumme für
- abhanden gekommene oder zerstörte →Sportgeräte den →Zeitwert;
 - beschädigte →Sportgeräte die notwendigen Reparaturkosten und ggf. eine verbleibende Wertminderung, höchstens jedoch den →Zeitwert;
 - Schäden an →Sportgeräten, die während des bestimmungsgemäßen Gebrauchs entstehen und zur vollständigen und dauerhaften Unbrauchbarkeit führen, den →Zeitwert.

§ 5 Mietkosten für →Sportgeräte

Kann die →versicherte Person ihre →Sportgeräte nicht nutzen, weil

- ein Versicherungsfall gemäß § 2 oder § 3 eingetreten ist;
- die →Sportgeräte als aufgegebenes Reisegepäck ihren Bestimmungsort noch nicht erreicht haben, erstattet die ERV der →versicherten Person Mietkosten für →Sportgeräte bis zu einer Höhe von insgesamt € 25,- pro Tag, maximal jedoch € 500,-.

§ 6 Ausschlüsse/Einschränkungen

- Nicht versichert sind
 - Schäden durch Vergessen, Liegen-, Hängen-, Stehenlassen oder Verlieren;
 - Schäden an motorisierten Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen;
 - Schäden, für die ein Dritter vertraglich einzustehen hat als Hersteller, Verkäufer oder aus Reparaturauftrag oder sonstigem vertraglichen Verhältnis.
- Einschränkungen des Versicherungsschutzes
Versicherungsschutz für Schäden an →Sportgeräten während des Zeltens und Campings besteht nur auf offiziell eingerichteten Campingplätzen.
- Sportgeräte im abgestellten Kraftfahrzeug
Versicherungsschutz bei Diebstahl der →Sportgeräte während der versicherten Reise aus einem abgestellten Kraftfahrzeug und aus daran angebrachten, mit Verschluss gesicherten Behältnissen besteht, wenn das Kraftfahrzeug bzw. die Behältnisse fest verschlossen sind und der Schaden zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr eintritt. Bei Fahrtunterbrechungen, die nicht länger als jeweils zwei Stunden dauern, besteht jederzeit Versicherungsschutz.

§ 7 Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

- Die →versicherte Person ist verpflichtet,
 - Versicherungsnachweis und Buchungsunterlagen bei der ERV einzureichen;
 - Schäden durch strafbare Handlungen →unverzüglich der nächstzuständigen oder nächsterreichbaren Polizeidienststelle unter Einreichung einer Liste aller in Verlust geratenen →Sportgeräte anzuzeigen und sich dies bestätigen zu lassen. Der ERV ist hierüber eine Bescheinigung einzureichen;
 - Schäden an aufgegebenen →Sportgeräten dem Beförderungsunternehmen, dem Beherbergungsbetrieb bzw. der Gepäckaufbewahrung →unverzüglich zu melden. Außerlich nicht erkennbare Schäden sind nach der Entdeckung →unverzüglich und unter Einhaltung der jeweiligen Reklamationsfrist, spätestens innerhalb von sieben Tagen nach Aushändigung des Reisegepäckstücks, schriftlich anzuzeigen. Der ERV sind entsprechende Bescheinigungen vorzulegen;
 - bei Schäden an →Sportgeräten, die während des bestimmungsgemäßen Gebrauchs entstanden sind, geeignete Nachweise einzuholen und diese mit der Originalkaufquittung der ERV einzureichen;
 - sich die Verspätung der →Sportgeräte vom Beförderungsunternehmen bestätigen zu lassen und der ERV hierüber eine Bescheinigung einzureichen.
- Wird eine dieser Obliegenheiten vorsätzlich verletzt, ist die ERV von ihrer Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Obliegenheit ist die ERV berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht. Die ERV bleibt insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der ERV gehabt hat, es sei denn, dass die →versicherte Person arglistig gehandelt hat.

§ 8 Selbstbeteiligung

Bei Tarifen mit Selbstbeteiligung trägt die →versicherte Person eine Selbstbeteiligung in Höhe von € 100,- je Versicherungsfall.

§ 9 Besondere Verwirklichungsgründe

Die ERV ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn die →versicherte Person den Versicherungsfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Führt die →versicherte Person den Versicherungsfall grob fahrlässig herbei, so ist die ERV berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht.

Glossar

A

Antritt der Reise / Reiseantritt

Die Reise ist mit dem Verlassen der Wohnung angetreten.

Ausland

Als Ausland gilt nicht Deutschland und nicht das Land, in dem die →versicherte Person einen ständigen Wohnsitz hat.

E

Elementarereignisse

Elementarereignisse sind: Explosion, Sturm, Hagel, Blitzschlag, Hochwasser, Überschwemmung, Lawinen, Vulkanausbruch, Erdbeben, Erdbeben.

H

Heimatland

Heimatland ist das Land, in dem die →versicherte Person ihren ständigen Wohnsitz hat bzw. vor Antritt des →versicherten Aufenthaltes zuletzt hatte.

M

Medizinisch notwendig / Medizinisch notwendige Heilbehandlung

- Behandlungen und diagnostische Verfahren sind nur versichert, wenn sie einen diagnostischen, kurativen und / oder palliativen Zweck haben, medizinisch notwendig und angemessen sind. Sie müssen von einem gesetzlich zugelassenen Arzt, Zahnarzt oder anderen Therapeuten erbracht werden. Ansprüche / Kosten werden nur bezahlt / erstattet, wenn die medizinische Diagnose und / oder die verschriebene Behandlung mit allgemein akzeptierten medizinischen Verfahren übereinstimmt. Nicht medizinisch notwendig sind insbesondere Behandlungen, die die →versicherte Person gegen ärztlichen Rat vornehmen lässt.
- Medizinische Leistungen oder Versorgungen werden nur dann als medizinisch notwendig und angemessen erachtet, wenn
 - sie erforderlich sind, um den Zustand, die Erkrankung oder Verletzung eines Patienten zu diagnostizieren oder zu behandeln;
 - die Beschwerden, die Diagnose und Behandlung mit der zugrunde liegenden Erkrankung übereinstimmen;
 - sie die angemessenste Art und Stufe der medizinischen Versorgung darstellen und
 - sie nur über einen angemessenen Behandlungszeitraum hinweg erbracht werden.

P

Pandemie

Eine Pandemie liegt vor, wenn auf weiten Teilen eines Kontinents oder mehrerer Kontinente eine infektiöse Erkrankung ausbricht (z. B. Pest).

R

Reiseantritt / Antritt der Reise

Siehe unter „A-Antritt der Reise“.

S

Sportgeräte

Sportgeräte sind alle Gegenstände, die zum Ausüben einer Sportart benötigt werden (z. B. Golfschläger, Surfbrett, Mountainbikes etc.) einschließlich Zubehör.

U

Unverzüglich

Ohne schuldhaftes Zögern.

V

Versicherte Personen

Versicherte Personen sind die im Versicherungsausweis oder im Zahlungsbeleg namentlich genannten Personen oder der im Versicherungsausweis beschriebene Personenkreis.

Z

Zeitwert

Der Zeitwert ist jener Betrag, der allgemein erforderlich ist, um neue Sachen gleicher Art und Güte anzuschaffen, abzüglich eines dem Zustand der versicherten Sache (Alter, Abnutzung, Gebrauch etc.) entsprechenden Betrages.

Versicherungsbedingungen für die Reiserechtsschutz-Versicherung der D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG (VB-DAS / TUI Sport 2009)

Die nachstehenden Regelungen unter Artikel 1–11, die besonderen Bestimmungen und das →Glossar gelten für Reiserechtsschutz-Versicherungen der D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG (im Folgenden kurz D.A.S. genannt).

Artikel 1 Versicherte Reise

Versicherungsschutz besteht für die jeweils versicherte Reise.

Artikel 2 Beginn und Ende des Versicherungsschutzes

Der Versicherungsschutz

- ist für die gesamte Dauer der Reise abzuschließen;
- beginnt mit dem vereinbarten Zeitpunkt, frühestens mit →Antritt der Reise und endet mit dem vereinbarten Zeitpunkt, spätestens jedoch mit Beendigung der versicherten Reise;
- verlängert sich über den vereinbarten Zeitpunkt hinaus, wenn sich die planmäßige Beendigung der Reise aus Gründen verzögert, die die →versicherte Person nicht zu vertreten hat.

Artikel 3 Ausschlüsse

- Nicht versichert sind Schäden durch Krieg, Bürgerkrieg, kriegsähnliche Ereignisse, innere Unruhen, →Pandemien, Kernenergie oder sonstige ionisierende Strahlung, Streik und andere Arbeitskampfmaßnahmen, Beschlagnahme und sonstige Eingriffe von hoher Hand.
- Es besteht jedoch Versicherungsschutz, wenn die →versicherte Person während der versicherten Reise überraschend von Krieg, Bürgerkrieg, kriegsähnlichen Ereignissen oder inneren Unruhen betroffen wird. Dieser Versicherungsschutz erlischt am Ende des siebten Tages nach Beginn eines dieser Ereignisse. Die Erweiterung gilt nicht bei Reisen in Staaten, auf deren Gebiet zur Zeit der Einreise der →versicherten Person bereits Krieg oder Bürgerkrieg herrscht oder wo zum Zeitpunkt der Einreise eine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland existiert hat. Sie gilt auch nicht für die aktive Teilnahme am Krieg oder Bürgerkrieg sowie für Unfallfolgen bzw. Erkrankungen durch den Einsatz von ABC-Waffen.
- Nicht versichert sind Schäden im Zusammenhang mit Terrorangriffen, sofern das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland vor →Antritt der Reise eine Reisewarnung für das entsprechende Zielgebiet ausgesprochen hat.

Artikel 4 Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

- Die →versicherte Person ist verpflichtet,
 - alles zu vermeiden, was zu unnötigen Kosten führen könnte (Schadensminderungspflicht);
 - den Schaden der D.A.S. →unverzüglich anzuzeigen;
 - der D.A.S. jede zumutbare Untersuchung über Ursache und Höhe ihrer Leistungspflicht zu gestatten, jede sachdienliche Auskunft wahrheitsgemäß zu erteilen, Originalbelege einzu-reichen und ggf. die behandelnden Ärzte von ihrer Schweigepflicht zu entbinden, soweit die Kenntnis der Daten für die Beurteilung der Leistungspflicht oder des Leistungsumfanges erforderlich ist.
- Wird eine dieser Obliegenheiten vorsätzlich verletzt, ist die D.A.S. von ihrer Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Obliegenheit ist die D.A.S. berechtigt, ihre Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens der →versicherten Person entspricht. Die D.A.S. bleibt insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der D.A.S. gehabt hat, es sei denn, dass die →versicherte Person arglistig gehandelt hat.

Artikel 5 Zahlung der Entschädigung

- Ist die Leistungspflicht der D.A.S. dem Grunde und der Höhe nach festgestellt, erfolgt die Auszahlung der Entschädigung binnen zwei Wochen.
- Von der →versicherten Person in fremder Währung aufgewandte Kosten werden dieser in Euro zum Wechselkurs des Tages erstattet, an dem diese Kosten von der →versicherten Person gezahlt wurden.

Artikel 6 Ansprüche gegen Dritte

- Ersatzansprüche gegen Dritte gehen im gesetzlichen Umfang bis zur Höhe der geleisteten Zahlung auf die D.A.S. über.
- Sofern erforderlich, ist die →versicherte Person verpflichtet, in diesem Umfang Ersatzansprüche an die D.A.S. abzutreten.

Artikel 7 Besondere Verwirklichungsgründe

Die D.A.S. wird von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn die →versicherte Person die ERV nach Eintritt des Versicherungsfalles arglistig über Umstände zu täuschen versucht, die für den Grund oder die Höhe der Leistung von Bedeutung sind oder aus Anlass des Versicherungsfalles vorsätzlich oder arglistig unwahre Angaben macht, auch wenn hierdurch der D.A.S. kein Nachteil entsteht. Bei Vorsatz bleibt die D.A.S. insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung keinen Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang der Leistungsverpflichtung der D.A.S. gehabt hat.

Artikel 8 Entschädigung aus anderen Versicherungen

Soweit im Versicherungsfall eine Entschädigung aus anderen Versicherungen beansprucht werden kann, gehen diese Leistungsverpflichtungen vor. Dies gilt auch dann, wenn in einem

dieser Versicherungsverhältnisse ebenfalls eine nachrangige Haftung vereinbart ist. Die Ansprüche der →versicherten Person bleiben hiervon unberührt und uneingeschränkt. Meldet die →versicherte Person den Versicherungsfall der D.A.S., wird diese in Vorleistung treten und den Schadensfall bedingungsgemäß regulieren.

Artikel 9 Inländische Gerichtsstände / anwendbares Recht

- Gerichtsstand für Klagen gegen die D.A.S. ist München.
- Soweit gesetzlich zulässig, gilt deutsches Recht.

Artikel 10 Verjährung

- Ansprüche aus dem Versicherungsverhältnis verjähren innerhalb von drei Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der →versicherten Person bekannt war bzw. bekannt sein musste.
- Hat die →versicherte Person ihren Anspruch bei der D.A.S. angezeigt, ist die Verjährung so lange gehemmt, bis der →versicherten Person die Entscheidung der D.A.S. zugeworfen ist.

Artikel 11 Anzeigen und Willenserklärungen

Anzeigen und Willenserklärungen der →versicherten Person und der D.A.S. bedürfen der Textform, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Reisevermittler sind zur Entgegennahme nicht bevollmächtigt.

Besondere Bestimmungen

Reiserechtsschutz-Versicherung

§ 1 Gegenstand der Versicherung

Die D.A.S. erbringt die für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen der →versicherten Person erforderlichen Leistungen im nachfolgend vereinbarten Umfang.

§ 2 Umfang des Reiserechtsschutzes

- Die Reiserechtsschutz-Versicherung umfasst neben dem in Nr. 2 geregelten verkehrsrechtlichen Bereich den

- Schadensersatz-Rechtsschutz für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen, die während einer versicherten Reise entstehen, soweit diese nicht auch auf einer Vertragsverletzung beruhen;
- Strafrechtsschutz für die Verteidigung wegen des Vorwurfs eines Vergehens während einer versicherten Reise, dessen vorsätzliche wie auch fahrlässige Begehung strafbar ist, solange der →versicherten Person ein fahrlässiges Verhalten vorgeworfen wird. Wird der →versicherten Person dagegen vorgeworfen, ein solches Vergehen vorsätzlich begangen zu haben, besteht rückwirkend Reiserechtsschutz, wenn nicht rechtskräftig festgestellt wird, dass sie vorsätzlich gehandelt hat. Beim Vorwurf eines Vergehens besteht kein Versicherungsschutz, ebensowenig beim Vorwurf eines Vergehens, das nur vorsätzlich begangen werden kann (z. B. Diebstahl oder Betrug);

- Rechtsschutz für Opfer von Gewaltstraftaten für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen als Opfer einer der in § 395 Absatz 1 StPO Ziffer 1 a (Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung), Ziffer 1 c (Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit), Ziffer 1 d (Straftaten gegen die persönliche Freiheit), Ziffer 2 (Straftaten gegen das Leben) genannten Straftaten auf einer versicherten Reise. Der Umfang des Rechtsschutzes für Opfer von Gewaltstraftaten umfasst

- die Kosten der Nebenklage;
- die Vergütung eines Rechtsanwaltes als Beistand des Opfers einer o. g. Straftat. Die Beistandsleistung kann sowohl im Ermittlungs- als auch im Nebenklageverfahren erfolgen;
- die Wahrnehmung rechtlicher Interessen im Rahmen des sog. Täter-Opfer-Ausgleiches nach § 46 a Ziffer 1 StGB;
- die Wahrnehmung rechtlicher Interessen zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) und dem Opferschutzgesetz (OEG), sofern die Gewaltstraftat einen dauerhaften Körperschaden zur Folge hat.

- Die Reiserechtsschutz-Versicherung im verkehrsrechtlichen Bereich umfasst den

- Schadensersatz-Rechtsschutz für die Geltendmachung von gesetzlichen Ansprüchen aus dem Gebrauch von Selbstfahrer- vermietfahrzeugen (inkl. Anhänger) sowie eigenen Motorfahrzeugen zu Lande (inkl. Anhänger) während einer versicherten Reise;
- Strafrechtsschutz für die Verteidigung wegen des Vorwurfs eines verkehrsrechtlichen Vergehens während einer versicherten Reise. Wird rechtskräftig festgestellt, dass die →versicherte Person das Vergehen vorsätzlich begangen hat, ist sie verpflichtet, der D.A.S. die Kosten zu erstatten, die diese für die Verteidigung wegen des Vorwurfs eines vorsätzlichen Verhaltens getragen hatte;

- Rechtsschutz für Opfer von Gewaltstraftaten für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen als Opfer einer der in § 395 Absatz 1 StPO Ziffer 1 a (Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung), Ziffer 1 c (Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit), Ziffer 1 d (Straftaten gegen die persönliche Freiheit), Ziffer 2 (Straftaten gegen das Leben) genannten Straftaten auf einer versicherten Reise. Der Umfang des Rechtsschutzes für Opfer von Gewaltstraftaten umfasst

- die Kosten der Nebenklage;
- die Vergütung eines Rechtsanwaltes als Beistand des Opfers einer o. g. Straftat. Die Beistandsleistung kann sowohl im Ermittlungs- als auch im Nebenklageverfahren erfolgen;
- die Wahrnehmung rechtlicher Interessen im Rahmen des sog. Täter-Opfer-Ausgleiches nach § 46 a Ziffer 1 StGB;
- die Wahrnehmung rechtlicher Interessen zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) und dem Opferschutzgesetz (OEG), sofern die Gewaltstraftat einen dauerhaften Körperschaden zur Folge hat.

- Der Reiserechtsschutz beinhaltet jeweils

- die erweiterte Telefonberatung. Diese umfasst die telefonische Erstberatung ohne Eintritt eines Reiserechtsschutz-falles durch eine von der D.A.S. vermittelte Anwaltskanzlei. Telefongebühren sowie Verbindungsentgelte werden nicht erstattet;
- den Reisedokumente-Service. Dieser beinhaltet
 - das Dokumentendepot. Die D.A.S. bewahrt auf Wunsch Kopien von wichtigen Unterlagen und Dokumenten sicher auf, um im Notfall schnell Ersatz beschaffen zu können. Voraussetzung ist, dass die →versicherte Person die Kopien unter Angabe ihrer Versicherungsnummer rechtzeitig (mindestens 14 Tage) vor →Antritt der Reise an die D.A.S. sendet;
 - den Service bei Verlust von Dokumenten im →Ausland. Bei Verlust eines für die Reise benötigten Dokumentes während einer Auslandsreise benennt die D.A.S. bei Bedarf Botschaften oder Konsulate und übernimmt die anfallenden Gebühren für im →Ausland erstellte Ersatzdokumente.

§ 3 Ausschlüsse

Kein Reiserechtsschutz besteht für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen

- in ursächlichem Zusammenhang mit Nuklear- und genetischen Schäden, soweit diese nicht auf eine medizinische Behandlung zurückzuführen sind;
- in Straf- und Verwaltungsverfahren wegen eines Halte- oder Parkverstoßes;
- der →versicherten Personen untereinander;
- soweit ein ursächlicher Zusammenhang mit einer von der →versicherten Person vorsätzlich begangenen Straftat besteht. Stellt sich ein solcher Zusammenhang im Nachhinein heraus, ist die →versicherte Person zur Rückzahlung der Leistungen verpflichtet, die die D.A.S. für sie erbracht hat.

§ 4 Voraussetzungen für den Anspruch auf Reiserechtsschutz

Anspruch auf Reiserechtsschutz besteht nach Eintritt eines Reiserechtsschutzfalles

- im Schadensersatz-Rechtsschutz gemäß § 2 Nr. 1 a) und Nr. 2 a) von dem Schadensereignis an, das dem Anspruch zugrunde liegt;
- in allen anderen Fällen von dem Zeitpunkt an, in dem die →versicherte Person oder ein anderer einen Verstoß gegen Rechtspflichten oder Rechtsvorschriften begangen hat oder begangen haben soll.

§ 5 Leistungsumfang

- Die D.A.S. trägt
 - bei Eintritt eines Reiserechtsschutzfalles im →Ausland die Vergütung eines für die →versicherte Person tätigen, am Ort des zuständigen Gerichtes ansässigen ausländischen oder eines in Deutschland zugelassenen Rechtsanwaltes. Im letzteren Fall trägt die D.A.S. die Vergütung bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung, die entstanden wäre, wenn das Gericht, an dessen Ort der Rechtsanwalt ansässig ist, zuständig wäre. Wohnt die →versicherte Person mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht entfernt und ist ein ausländischer Rechtsanwalt für die →versicherte Person tätig, trägt die D.A.S. weitere Kosten für einen im Landgerichtsbezirk der →versicherten Person ansässigen Rechtsanwalt bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwaltes, der lediglich den Verkehr mit dem ausländischen Rechtsanwalt führt. Ist der Reiserechtsschutzfall durch einen Kraftfahrzeugunfall im europäischen →Ausland eingetreten und zunächst eine Regulierung vor dem Regulierungsbeauftragten in Deutschland bzw. vor der Einigungsstelle in Deutschland ergebnislos geblieben, sodass eine Rechtsverfolgung im →Ausland notwendig wird, trägt die D.A.S. auch eine entstandene Geschäftsgebühr des in Deutschland ansässigen Rechtsanwaltes;
 - bei Eintritt des Reiserechtsschutzfalles in Deutschland die Vergütung eines für die →versicherte Person tätigen Rechtsanwaltes bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung

- eines am Ort des zuständigen Gerichtes ansässigen Rechtsanwaltes. Wohnt die →versicherte Person mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht entfernt und erfolgt eine gerichtliche Wahrnehmung ihrer Interessen, trägt die D.A.S. entweder weitere Kosten für einen im Landgerichtsbezirk der →versicherten Person ansässigen Rechtsanwalt oder Reisekosten des Anwalts zum Ort des zuständigen Gerichts jeweils bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwaltes, der lediglich den Verkehr mit dem Prozessbevollmächtigten führt. Berechnet der Rechtsanwalt eine Gebühr für eine Beratung, trägt die D.A.S. die gesetzliche Vergütung bis zu einer Höhe von € 250,-. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Anrechnung der Gebühr bleiben unberührt;
- c) die Gerichtskosten einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die vom Gericht herangezogen werden, sowie die Kosten des Gerichtsvollziehers;
- d) die übliche Vergütung
- aa) eines öffentlich bestellten technischen Sachverständigen oder einer rechtsfähigen technischen Sachverständigenorganisation in Fällen der Verteidigung in verkehrsrechtlichen Strafverfahren;
- bb) eines im →Ausland ansässigen Sachverständigen in Fällen der Geltendmachung von Ersatzansprüchen wegen der im →Ausland eingetretenen Beschädigung eines Motorfahrzeuges zu Lande sowie eines Anhängers;
- e) die Gebühren eines Schieds-, Schlichtungs- oder Mediationsverfahrens bis zur Höhe der Gebühren, die im Fall der Anrufung eines zuständigen staatlichen Gerichtes erster Instanz entstehen;
- f) die Reisekosten der →versicherten Person zu einem ausländischen Gericht, wenn ihr Erscheinen als Beschuldigte oder Partei vorgeschrieben und zur Vermeidung von Rechtsnachteilen erforderlich ist. Die Kosten werden bis zur Höhe der für Geschäftsreisen von deutschen Rechtsanwälten geltenden Sätze übernommen;
- g) die dem Gegner durch die Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen entstandenen Kosten, soweit die →versicherte Person zu deren Erstattung verpflichtet ist.
2. Die D.A.S. trägt nicht
- a) Kosten, die die →versicherte Person ohne Rechtspflicht übernommen hat;
- b) Kosten, die im Zusammenhang mit einer einverständlichen Erledigung entstanden sind, soweit sie nicht dem Verhältnis des von der →versicherten Person angestrebten Ergebnisses zum erzielten Ergebnis entsprechen, es sei denn, dass eine hiervon abweichende Kostenverteilung gesetzlich vorgeschrieben ist. Dabei ist ausschließlich auf das wirtschaftliche Ergebnis abzustellen; andere Überlegungen wie z. B. die Vermeidung einer Beweisaufnahme oder das offene Prozesskostenrisiko sind nicht zu berücksichtigen;
- c) Kosten, die aufgrund der vierten oder jeder weiteren Zwangsvollstreckungsmaßnahme je Vollstreckungstitel entstehen;
- d) Kosten aufgrund von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, die später als fünf Jahre nach Rechtskraft des Vollstreckungstitels eingeleitet werden;
- e) Kosten für Strafvollstreckungsverfahren jeder Art nach Rechtskraft einer Geldstrafe oder -buße unter € 250,-;
- f) Kosten, zu deren Übernahme ein anderer verpflichtet wäre, wenn die Reiserechtsschutz-Versicherung nicht bestünde.
3. Die D.A.S. zahlt in jedem Reiserechtsschutzfall höchstens die jeweils vereinbarte Versicherungssumme. Zahlungen für mehrere →versicherte Personen aufgrund desselben Reiserechtsschutzfalles werden hierbei zusammengerechnet. Dies gilt auch für Zahlungen aufgrund mehrerer Reiserechtsschutzfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen.
4. Die D.A.S. sorgt für
- a) die Übersetzung der für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen der →versicherten Person im →Ausland notwendigen schriftlichen Unterlagen und trägt die dabei anfallenden Kosten;
- b) die Zahlung eines zinslosen Darlehens bis zu € 50.000,- für eine Kautions, die gestellt werden muss, um die →versicherte Person einstweilen von Strafverfolgungsmaßnahmen zu verschonen.
5. Alle Bestimmungen, die den Rechtsanwalt betreffen, gelten entsprechend bei Wahrnehmung rechtlicher Interessen im →Ausland für dort ansässige rechts- und sachkundige Bevollmächtigte.

§ 6 Stichentscheid

1. Lehnt die D.A.S. den Reiserechtsschutz ab,
- a) weil der durch die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen voraussichtlich entstehende Kostenaufwand unter Berücksichtigung der berechtigten Belange der Versicherungsgemeinschaft in einem groben Missverhältnis zum angestrebten Erfolg steht oder
- b) weil die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat,
- ist dies der →versicherten Person →unverzüglich unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen.
2. Hat die D.A.S. ihre Leistungspflicht gemäß Nr. 1 verneint und stimmt die →versicherte Person der Auffassung der D.A.S. nicht zu, kann sie den für sie tätigen oder noch zu beauftragenden Rechtsanwalt auf Kosten der D.A.S. veranlassen, dieser gegenüber eine begründete Stellungnahme abzugeben, ob die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in einem angemessenen Verhältnis zum angestrebten Erfolg steht und hinreichende Aussicht auf Erfolg verspricht. Die Entscheidung ist für beide Teile bindend, es sei denn, dass sie offenbar von der wirklichen Sach- und Rechtslage erheblich abweicht.
3. Die D.A.S. kann der →versicherten Person eine Frist von mindestens einem Monat setzen, binnen der die →versicherte Person den Rechtsanwalt vollständig und wahrheitsgemäß über die Sachlage zu unterrichten und die Beweismittel anzugeben hat, damit dieser die Stellungnahme gemäß Nr. 2 abgeben kann. Kommt die →versicherte Person dieser Verpflichtung nicht innerhalb der von der D.A.S. gesetzten Frist nach, entfällt der Versicherungsschutz. Die D.A.S. ist verpflichtet, die →versicherte Person ausdrücklich auf die mit dem Fristablauf verbundene Rechtsfolge hinzuweisen.

§ 7 Selbstbeteiligung

Sofern vereinbart, trägt die →versicherte Person eine Selbstbeteiligung. Dieser beträgt € 150,- je Reiserechtsschutzfall. Die Selbstbeteiligung entfällt, sofern der Reiserechtsschutzfall mit einer Erstberatung erledigt ist.

Glossar

A

Antritt der Reise

In der Reiserechtsschutz-Versicherung gilt die Reise mit dem Verlassender Wohnung als angetreten.

Ausland

Als Ausland gilt nicht Deutschland und nicht das Land, in dem die →versicherte Person einen ständigen Wohnsitz hat.

P

Pandemie

Eine Pandemie liegt vor, wenn auf weiten Teilen eines Kontinents oder mehrerer Kontinente eine infektiöse Erkrankung ausbricht (z. B. Pest).

U

Unverzüglich

Ohne schuldhaftes Zögern.

V

Versicherte Personen

Versicherte Personen sind die im Versicherungsausweis oder im Zahlungsbeleg namentlich genannten Personen oder der im Versicherungsausweis beschriebene Personenkreis.